

Damit kommen wir zu den Abstimmungen zum Einzelplan 02, zum Einzelplan des Ministerpräsidenten. Hier empfiehlt der Haushalts- und Finanzausschuss in Drucksache 17/15702, den Einzelplan 02 unverändert anzunehmen.

Aber wir haben heute noch Änderungsanträge vorliegen, und zwar – erstens – den Änderungsantrag von den Fraktionen CDU und FDP Drucksache 17/15687. Ich lasse nun über diesen Änderungsantrag abstimmen. Ich darf fragen, wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Dann frage ich, wer sich der Stimme enthalten möchte. – Das sind die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der SPD, der Fraktion der AfD.

(Regina Kopp-Herr [SPD]: Nein, das ist falsch!)

– Kleine Irritationen. Das kann nach so einer ausführlichen Debatte vorkommen. Wir wollen das aber richtig protokollieren. Wer stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/15687 zu? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der SPD. Wie war das bei der AfD, auch Zustimmung?

(Markus Wagner [AfD]: Enthaltung!)

– Okay. Also Zustimmung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Bei den Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der AfD. Nun noch der Vollständigkeit halber: Habe ich irgendeine Nein-Stimme übersehen? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass der **Änderungsantrag Drucksache 17/15687 angenommen** wurde.

Ich lasse – zweitens – abstimmen über den **Änderungsantrag** der Fraktionen von CDU und FDP **Drucksache 17/15688**. Ich darf fragen, wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der AfD. Gibt es jemanden, der dagegen stimmen möchte? – Das ist nicht der Fall. Der Vollständigkeit halber: Gibt es Enthaltungen? – Keine zu sehen. Dann ist dieser Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP einstimmig **angenommen**.

Dann kommen wir zum dritten Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/15689. Ich darf fragen, wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte. – Das sind die antragstellenden Fraktionen CDU und FDP, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Gegenstimmen bei der Fraktion der AfD. Enthaltungen? – Bei den Kolleginnen und Kollegen der SPD. Dann stelle ich fest, dass dieser **Änderungsantrag 17/15689** bei Enthaltung der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der

AfD-Fraktion und mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen **angenommen** wurde.

Viertens kommen wir zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktionen von CDU und FDP **Drucksache 17/15690**. Ich darf fragen, wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte. – Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Bei den Abgeordneten der AfD. Enthaltungen? – Bei den Abgeordneten der SPD. Habe ich irgendjemanden übersehen? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass der Änderungsantrag mit Zustimmung von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimmen der AfD bei Enthaltung der SPD **angenommen** wurde.

Fünftens kommen wir nun zum **Änderungsantrag** der Fraktionen von CDU und FDP **Drucksache 17/15691**. Ich darf fragen, wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte. – Das sind die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Bei SPD, Grünen und AfD. Damit kommen wir zur Feststellung, dass der Änderungsantrag Drucksache 17/15691 mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der übrigen Abgeordneten des Hohen Hauses **angenommen** wurde.

Nun sind wir bei der Abstimmung über den Einzelplan 02. Wir haben ihn ja soeben geändert. Damit stimmen wir natürlich nicht mehr über die Beschlussempfehlung ab. Wer möchte dem Einzelplan 02 in geänderter Fassung zustimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der AfD. Gibt es irgendeine Kollegin oder einen Kollegen, die oder der sich der Stimme enthalten möchte? – Das ist nicht der Fall. Dann, meine Damen und Herren, ist der **Einzelplan 02** in seiner Gesamtheit **in geänderter Fassung** mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD in der 2. Lesung **angenommen** worden.

Damit kommen wir zum:

### **Einzelplan 07 Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration**

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/15707 sowie auf die Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und FDP Drucksachen 17/15723 und 17/15724 hin.

#### **a) Familie, Kinder und Jugend**

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD Herrn Abgeordneten Dr. Maelzer das Wort.

**Dr. Dennis Maelzer** (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das ist der letzte Haushalt, den die schwarz-gelbe Landesregierung verantwortet.

(Romina Plonsker [CDU]: Jede Rede!)

Wir diskutieren heute also die Schlussbilanz der Familienpolitik von CDU und FDP.

In der Tat haben Sie Rekorde zu verantworten. Allerdings sind es Rekorde, auf die ich nicht besonders stolz wäre. Immer mehr Eltern suchen in Nordrhein-Westfalen vergeblich einen Betreuungsplatz. Sie verantworten die niedrigsten Zuwächse bei der Anzahl der Kita-Plätze seit Einführung des Rechtsanspruchs und gleichzeitig die größten Bedarfslücken. Es fehlt an Erzieherinnen und Erziehern. Der Flickenteppich bei den Kita-Gebühren hat sich nicht verringert. Und bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen treten wir auf Landesebene weiter auf der Stelle.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, das ist keine Bilanz, mit der die Menschen in Nordrhein-Westfalen Ihnen eine Verlängerung gewähren werden.

(Beifall von der SPD)

Zu keinem Zeitpunkt klappte die Lücke zwischen Bedarf und Angebot bei den Betreuungsplätzen so weit auseinander wie in Ihrer Regierungszeit. Das wird schwarz auf weiß durch die Bundesregierung bestätigt. Dass Sie selbst hinter Ihren eigenen Zielen zurückgeblieben sind, kann man auch an Ihren Haushaltsplänen ablesen.

Ich gehöre seit elf Jahren dem Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend an.

(Zuruf von der CDU: Zu lange!)

Es ist das erste Mal, dass ich einen Haushalt erlebe, in dem die KiBiz-Pauschalen sinken, anstatt zu steigen. Woran liegt das? – Der erste Grund ist: Sie hinken beim Platzausbau um Tausende Plätze hinter Ihren eigenen Erwartungen her. Der zweite Grund: Die Entwicklung der KiBiz-Pauschalen bleibt ebenfalls hinter Ihren eigenen Erwartungen zurück. Beides hängt miteinander zusammen.

Sie haben es versäumt, unser Kita-Gesetz zukunfts-gerecht aufzustellen. Das zeigt sich bei den Mietkostenzuschüssen, das zeigt sich bei den Qualitätsstandards, das zeigt sich auch bei der Frage der Kita-Gebühren.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Wir brauchen ein Kita-Zukunftsgesetz, das durch eine Einrichtungsfinanzierung ein festes Fundament für unsere frühkindliche Bildung schafft und das für bessere Betreuungsschlüssel und Beitragsfreiheit sorgt. Außerdem brauchen wir eine Personaloffensive für die frühkindliche Bildung, für mehr Tagespfle-gepersonen und für mehr Erzieherinnen. Das ist ein

Kraftakt für Familien und Kinder, aber dass dies mög-lich ist, werden wir Ihnen auch in diesem Haushalt aufzeigen – wie wir es Ihnen auch in den vergange-nen Jahren gezeigt haben.

(Beifall von der SPD)

Dieser Haushalt sollte auch ein klares Signal an die jungen Menschen im Land senden. Eure Stimme ist wichtig, und sie soll auf Landesebene besser gehört werden. Dazu gehört eine Absenkung des Wahlal-ters, aber auch eine Strategie für eine einmischende Kinder- und Jugendpolitik. Eigentlich hatten wir ver-abredet, diese in dieser Legislaturperiode gemein-sam mit den Jugendverbänden zu entwickeln. Pas-siert ist dies bis heute nicht.

Denn Sie wollen einzig und allein ein Jugendparla-ment für wenige Auserwählte schaffen. Bis heute, im fünften Jahr Ihrer Regierungszeit, gibt es dieses In-strument aber nicht. Jetzt soll es der Landtagspräsi-dent richten, doch in seinem Haushalt sind keine Mit-tel dafür vorgesehen. Wir haben das Geld für die Ent-wicklung einer Kinder- und Jugendstrategie bean-tragt. Sie haben es abgelehnt. Diese 5 Millionen Euro war es Ihnen nicht wert.

Herr Minister, heute haben uns die neuen Corona-zahlen für unsere Kitas erreicht. Die Landesjugend-ämter haben mit Stand 22. November 1.096 Infektio-nen bei Kindern und 808 Infektionen beim Kita-Per-sonal vermeldet. Der Monat ist noch nicht vorbei, und doch haben wir es jetzt schon mit höheren Zahlen zu tun als in den Vormonaten. Es sind die höchsten Zah-len seit April.

Darum bitte ich Sie, einen Fehler zu korrigieren: Fi-nanzieren Sie unverzüglich wieder Alltagshelferinnen und Alltagshelfer für unsere Kitas.

(Beifall von der SPD und Josefine Paul [GRÜNE])

Als Sie im vergangenen Winter die Verabredung ge-troffen haben, das Programm auslaufen zu lassen, mag dies in der Einschätzung begründet gewesen sein, dass man diese Landesunterstützung nicht mehr brauchen werde. Das mag ja sein. Aber wenn sich die Situation ändert, wird Ihnen doch niemand einen Vorwurf machen, wenn man Beschlüsse korri-giert. Wir werden dies am allerwenigsten tun.

Die Lage heute ist eine andere. Die Infektionszahlen gehen durch die Decke. Unsere Erzieherinnen und Erzieher tun wirklich alles dafür, dass die vierte Coronawelle nicht mit voller Wucht in unsere Kitas schwappt. Aber damit das gelingen kann, benötigen sie jede helfende Hand. Worauf warten wir eigentlich noch? Die Kitahelferinnen und -helfer fehlen!

(Beifall von der SPD)

Bitte setzen Sie sich auch dafür ein, dass das Perso-nal in Kitas und Tagespflege jetzt rasch Zugang zu Booster-Impfungen erhält. Zu Beginn des Jahres ha-ben wir uns noch unabhängig voneinander dafür

ausgesprochen, dass es einen schnelleren Zugang zu Impfungen gibt. Viele Erzieherinnen und Erzieher haben dies mit AstraZeneca-Impfung genutzt, aber dieser Schutz lässt inzwischen stark nach. Darum brauchen sie dringend die Booster-Impfungen.

Wir sollten sie nicht auf die langen Schlangen vor den Impfstellen verweisen. Die Hausärzte, die ihnen zum Teil erst Termine im Februar anbieten können, sind mit dieser Lage alleingelassen. Bitte helfen Sie. Helfen Sie auch den betroffenen Familien, die jetzt dringend auf die Kinderimpfungen warten. Lassen Sie nicht zu, dass kurz vor Weihnachten der Ansturm auf die Kinderarztpraxen beginnt. Auch hier muss das Land unterstützen. Bitte handeln Sie, Herr Minister.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Dr. Maelzer. – Jetzt spricht Herr Kamieth für die CDU-Fraktion.

**Jens Kamieth (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Familie schafft ein Band der Solidarität, das Menschen verbindet und Generationen vereint, ein Band des Füreinander und einen Bund des Miteinander. Füreinander und Miteinander sind familiäre Grundtugenden, und gleichzeitig sind es die Voraussetzungen für das Funktionieren unserer Gesellschaft. Familien sind deshalb der Mittelpunkt unserer Gesellschaft. Familie steht darüber hinaus für viele Menschen im Mittelpunkt ihres eigenen Lebens. Weil das so ist, stehen Familien im Mittelpunkt der Politik der NRW-Koalition von CDU und FDP.

(Zuruf von der SPD: Ah!)

CDU und FDP verwirklichen seit Beginn der Legislaturperiode konsequent Maßnahmen, die Familien unterstützen und stärken. CDU und FDP nehmen die Mittel in die Hand, die es braucht, um Arbeit für unsere und mit den jungen Menschen in unserem Land zukunftsfähig zu machen.

Diesen Ansatz der Stärkung von Familien, Kindern und Jugendlichen reflektiert auch der vorliegende Haushaltsentwurf für unseren Bereich. Auf folgende Punkte möchte ich in diesem Zusammenhang exemplarisch eingehen:

Erstens: Die Familienerholung. Meine Damen und Herren, Familien haben in den vergangenen fast zwei Jahren eine Last zu schultern gehabt wie noch nie zuvor. Deshalb sehen wir es als unsere politische Pflicht an, diesen belasteten Familien so viel Entlastung zu verschaffen wie nur irgend möglich. Eine wichtige Möglichkeit dazu ist die Familienerholung. Im aktuellen Haushaltsjahr haben CDU und FDP das Programm „1.000 Ferienwochen für Familien aus Nordrhein-Westfalen in Familienferienstätten“ aufgelegt und damit einen ersten Schritt gemacht. Im

kommenden Haushaltsjahr stehen nun 4 Millionen Euro für Familienerholung zur Verfügung: 4 Millionen Euro, von denen besonders Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Familien mit geringem Einkommen profitieren werden.

Zweitens: Die Verbraucherinsolvenzberatung. Wir wissen, trotz aller Anstrengungen, die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie abzumildern, ist die aktuelle Situation für viele Menschen, gerade für Familien und Alleinerziehende, mit großen finanziellen Schwierigkeiten verbunden.

Was als finanzielle Herausforderung beginnt, kann als finanzielle Überforderung enden. CDU und FDP wollen Familien, die in eine finanzielle Schieflage geraten sind, nicht alleine lassen und gerade jetzt wichtige Unterstützung angeheißen lassen. Deshalb stärken wir die Verbraucherinsolvenzberatung. Dafür sollen im Haushaltsjahr 2022 zusätzliche Mittel von 3,7 Millionen Euro bereitgestellt werden.

Drittens: Der Kinder- und Jugendförderplan. Der Kinder- und Jugendförderplan ist das finanzielle Rückgrat der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen. Wir haben im ersten Haushalt in dieser Wahlperiode mit 120 Millionen Euro begonnen und sind aufgrund der Dynamisierung jetzt bei 132,2 Millionen Euro. Damit steht Nordrhein-Westfalen sowohl mit Blick auf die inhaltliche Ausrichtung als auch im Hinblick auf die finanzielle Förderung seiner Jugendpolitik im bundesweiten Vergleich ganz vorne. Allen, die sich im Rahmen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit engagieren, sage ich im Namen der CDU-Fraktion einen ganz, ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Den jungen Menschen in unserem Land rufe ich zu: Wir wissen, wie hart und entbehrungsreich die Pandemie gerade für eure Generation bislang war. Mit dem Kinder- und Jugendförderplan und den Angeboten, die daraus finanziert werden, wollen wir unsere Solidarität mit der jungen Generation zum Ausdruck bringen.

Viertens: Die weitere Stärkung des Kinderschutzes. Wir alle wissen um die grauenhaften Vorfälle sexueller Gewalt an Kindern. Nordrhein-Westfalen war Schauplatz dieser Verbrechen. Nordrhein-Westfalen ist zwischenzeitlich aber auch Vorreiter bei der Bekämpfung sexueller Gewalt an Kindern und der Stärkung des Kinderschutzes. Meinen Dank richte ich hier an die Kolleginnen und Kollegen, die sich in der Kinderschutzkommission engagieren.

Mit dem vorliegenden Haushalt setzen wir den eingeschlagenen Weg fort und investieren Mittel in Höhe von 25 Millionen Euro für die Ausführung des wichtigen Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes. Für den flächendeckenden Ausbau der spezialisierten Beratung zur Prävention sexualisierter Gewalt

sind weitere Mittel in Höhe von jährlich 5,1 Millionen Euro eingeplant.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen: Wir bringen das Land mit diesem Haushalt einen großen Schritt nach vorne. Wir investieren in die Jugend, in den Kinderschutz, in die Familien-erholung. Meinen ganz, ganz herzlichen Dank an das Ministerium und natürlich auch an den Koalitions-partner. Lieber Marcel, vielen Dank für die gute Zu-sammenarbeit. – Ihnen allen vielen Dank für die Auf-merksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kamieth. – Nun spricht für die grüne Fraktion die Fraktionsvorsitzende Frau Kollegin Paul.

**Josefine Paul**<sup>\*)</sup> (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr ge-ehrte Damen und Herren! Der letzte Haushalt einer Legislaturperiode ist natürlich auch immer ein An-lass, um Bilanz zu ziehen. Einer Art politischer Ge-setzmäßigkeit folgend kann unsere Bewertung die-ser Bilanz an vielen Stellen nicht deckungsgleich sein. Ich will auch erläutern, warum das so ist, dass diese Bewertung der Bilanz dieser Landesregierung, insbesondere, wenn wir auf die frühkindliche Bildung schauen, durchaus auseinanderfällt.

Das zentrale Reformvorhaben dieser Legislaturperi-ode und des Familienministers ist ja das KiBiz gewe-sen. Da muss man fragen: Wie sieht die Bilanz aus? Dem Anliegen, die Finanzierung vom Kopf auf die Füße zu stellen, ist dieses Gesetz nicht gerecht ge-worden. Man muss sagen, Sie sind damit krachend gescheitert.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Auch wenn Sie gleich wieder sagen werden, Sie ha-ben doch 1,2 Milliarden Euro mehr ins System gege-ben, so muss man trotzdem feststellen, dass Sie die strukturellen Fehler dieses Gesetzes, das Sie wahr-scheinlich damals nicht weiter reformieren durften, weil es ja ursprünglich das Gesetz des ehemaligen Familienministers Laschet gewesen ist, schlicht und ergreifend nicht behoben haben.

Sie haben nach der Devise gehandelt: Wenn man oben Geld reinkippt, kommt hoffentlich unten Qualität raus. – Ich sage Ihnen: Das ist nicht gelungen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Man muss auch deutlich feststellen, dass das KiBiz am Ende seiner Reformierbarkeit angekommen ist. Es ist in dieser Art und Weise nicht vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Deswegen wäre es eigentlich richtig gewesen, einen neuen Weg einzuschlagen und eine neue Finanzie-rungssystematik auf den Weg zu bringen.

Wenn ich mit den Kollegen der regierungstragenden Fraktionen spreche, sind wir uns eigentlich auch einig darin, dass wir eine andere Finanzierungssyste-matik bräuchten und es gut wäre, wenn wir eine ein-richtungsbezogene Sockelfinanzierung oder Grund-finanzierung – wie auch immer man es nennen möchte – hätten.

Unglücklicherweise hat diese Landesregierung aber nicht die Kraft aufgebracht, das tatsächlich auch auf den Weg zu bringen. Stattdessen wird immer die Schuld hin und her geschoben, wer es denn möglic-erweise gewesen sein könnte. Fest steht: Zulasten des Systems der frühkindlichen Bildung ist das schlicht und ergreifend nicht geschehen.

Wir brauchen aber diese Grundfinanzierung. Wir brauchen auch einen anderen Stellenwert innerhalb der Förderung für Ernährung und Bewegung im KiBiz bzw. in einem neu auszugestaltenden Gesetz.

Außerdem brauchen wir dringend bessere und ver-lässlichere Rahmenbedingungen, die dann auch zu besseren und verlässlicheren Arbeitsbedingungen führen. Denn frühkindliche Bildung braucht Fach-kräfte, und qualifizierte Fachkräfte brauchen gute Ar-beitsbedingungen.

Da ist doch einer der zentralen Fehler im KiBiz, dass die Personalbemessung den Alltagsanforderungen nicht standhält, angefangen bei der Frage mittelbarer pädagogischer Tätigkeiten bis zu der Unterstützung von Ausbildung. Denn wir sind uns ja einig: Die Er-gänzung der Ausbildungswege durch die PiA-Ausbil-dung ist richtig. – Wenn man die Einrichtungen dann mit der Aufgabe alleine lässt, hat man wieder ein Loch in der notwendigen Ausgestaltung der Perso-nalbemessung.

Eine echte Ausbildungsoffensive hat diese Landes-regierung angekündigt, ist sie aber leider schuldig geblieben. Sie werden auch da gleich erklären, dass Sie doch eigentlich alles auf den Weg gebracht hät-ten. Fakt ist: Von dem, was Sie sich vorgenommen haben, haben Sie allerdings reichlich wenig einge-löst.

Was wir doch im System bräuchten, wären Entlas-tungskräfte, damit sich pädagogische Fachkräfte auch auf ihre Tätigkeiten am Kind konzentrieren kön-nen. Aber auch da ist von Ihnen nichts gekommen.

Ich kann mich nur der dringenden Bitte und dem drin-genden Appell des Kollegen Maelzer anschließen. Zwar haben Sie im letzten Winter die Verabredung getroffen, das Alltagshelferprogramm auslaufen zu lassen. Sie haben diese Vereinbarung aber nicht mit dem Virus getroffen. Setzen Sie dieses Alltagshelfer-programm wieder ein. Die Kitas brauchen das. Die Einrichtungen würden es Ihnen wirklich danken.

(Beifall von den GRÜNEN und Regina Kopp-Herr [SPD])

Ein weiterer Punkt, sehr geehrte Damen und Herren: Ja, Kinder und Jugendliche haben in dieser Pandemie sehr viel ertragen und erdulden müssen. Sie sind aber vor allem auch Expertinnen und Experten in eigener Sache. Leider hat diese Landesregierung das immer noch nicht wirklich erkannt. Das gilt nicht nur für die Pandemiepolitik, sondern vor allem auch für die Frage, wie eigentlich Jugendbeteiligung und Kinderbeteiligung auszugestaltet sind.

Für die Wahlalterabsenkung gibt es in diesem Haus doch schon lange, Kollege Hafke, eigentlich eine Mehrheit. Man müsste sie nur auch nutzen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dann könnten die Kinder und Jugendlichen schon bei der nächsten Landtagswahl mit abstimmen.

Es geht aber auch um die Frage weiterer Instrumente. Der Instrumentenkasten ist bereits beschrieben worden – der Landesjugendring hat das auch in die Diskussion gebracht –: die Reform der Gemeindeordnung, kommunale bzw. lokale Instrumente, 1.000-Stimmen-Befragungen etc. pp.

Was nicht darin vorkommt, ist Ihre Idee eines Landesjugendparlamentes. Der entscheidende Haken an Ihrem Vorschlag ist doch auch: Sie haben die Fragen, die damit einhergehen, nie beantwortet. Weil Sie nicht den bestimmten Konkretionsgrad erreicht haben, haben Sie am Ende diese Fragestellung einfach dem Präsidenten vor die Tür gelegt – soll der das doch lösen. Sie hatten eine Idee, aber keine Lösungsvorschläge dazu, und jetzt können die Kinder und Jugendlichen zusehen.

Enden will ich mit einem Punkt, der mir noch wichtig ist, weil wir da in diesem Haus alle gemeinsam eine Linie verfolgen: Kinderschutz. Dass jetzt ein Kinderschutzgesetz auf den Weg gebracht werden soll und auch wirklich mit Mitteln im zweistelligen Millionenbereich hinterlegt wird, ist ein wichtiges und ein entscheidendes Zeichen.

Ich hoffe sehr, dass wir im Verlauf der weiteren Beratungen über das Kinderschutzgesetz vielleicht an der einen oder anderen Stelle gemeinsam noch weitere Verbesserungen einbringen, beispielsweise bei der Frage eines oder einer Kinderschutzbeauftragten.

Aber das ist ein guter und ein richtiger Weg, finde ich. Ich halte es auch für ein wichtiges Zeichen, dass dieses Parlament mit der Kinderschutzkommission die Frage des Kinderschutzes auch parlamentarisch hier in einem Gremium verankert hat.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Frau Paul. – Jetzt hat Herr Hafke für die FDP-Fraktion das Wort.

**Marcel Hafke (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Opposition bettelt quasi jedes Mal darum. Dennis Maelzer hat Erinnerungslücken, und Josefine Paul möchte gerne Bilanz ziehen. Das lasse ich mir nicht zweimal sagen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Deswegen hier noch einmal die Erinnerungsauffrischung für Sie: Wir haben diese Regierung und den Fachbereich übernommen. Sie haben ihn in einem katastrophalen Zustand hinterlassen. Kitas waren unterfinanziert und standen kurz vor dem finanziellen Kollaps. Wir mussten zwei Rettungspakete auf den Weg bringen. Sie haben sieben Jahre quasi nichts gemacht. Hier haben Sie große Reden gehalten und getönt, Sie wollten Ideen entwickeln und Gesetze auf den Weg bringen. Nichts ist passiert. Es hat erst eine schwarz-gelbe Landesregierung gebraucht, die mit zwei Rettungspaketen Ihren Schaden aufgeräumt hat

(Beifall von der FDP und der CDU)

und ein neues Kinderbildungsgesetz auf den Weg gebracht hat.

Es tut Ihnen natürlich weh, dass wir hier über 1 Milliarde Euro pro Jahr mehr investieren. Das verstehe ich. Aber es kommt auch bei den Richtigen an, nämlich bei den Trägern, bei den Erzieherinnen und Erziehern und bei den Kindern vor Ort.

Deswegen können wir meines Erachtens auch sehr stolz auf die letzten Jahre zurückblicken. Das heißt nicht, dass wir nicht noch Programme und Ideen für die Zukunft haben. Aber wir haben den wichtigen Punkt auf den Weg gebracht, die Personalkosten im Kinderbildungsgesetz auszufinanzieren. Wir haben die Sprachförderung verbessert. Wir stellen die Familienzentren besser auf. Wir haben – damit machen wir das, was die SPD in den letzten Jahren auch nicht hinbekommen hat – die Beitragsfreiheit weiter ausgebaut.

Letztendlich machen wir das, was Sie in Ihren sieben Jahren nie auf den Weg bekommen haben und was uns jetzt einholt. Wir investieren nämlich Geld und Mittel in Personalgewinnung. Wir haben natürlich einen Fachkräftemangel. Das negiert keiner. Aber wir können uns das Personal auch nicht mal eben backen. Deswegen war es so wichtig, dass die Landesregierung die Pflöcke eingeschlagen hat, um mehr Personal auszubilden und weiterzubilden. Das ist der richtige Weg, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ein zweites wichtiges Thema, das ich ansprechen möchte, weil ich das, was die Opposition hier macht, wirklich unredlich finde, ist die Jugendpolitik. Natürlich haben wir Landesjugendpolitik in diesem Parlament diskutiert. Zehn Jahre lang diskutieren wir darüber. Aber irgendwann muss man auch Entscheidungen treffen.

Die Opposition – das nehme ich zur Kenntnis; das ist auch ihr gutes Recht – hat kein Interesse daran. Das verstehe ich zwar nicht ganz; denn bislang habe ich die SPD immer so verstanden, dass sie daran interessiert ist, Demokratie bei jungen Leuten zu fördern und Mitsprache zu ermöglichen. Die SPD und die Grünen möchten das aber nicht. Das heißt ja nicht, dass andere Instrumente nicht funktionieren. Aber eine parlamentarische Beteiligung von jungen Leuten ist wünschenswert und richtig.

Da die Opposition sich hier einem Prozess verweigert hat,

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht! – Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

mussten wir irgendwann eine Entscheidung treffen. Das haben wir gemacht. Deswegen ist es gut,

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

dass das jetzt an neutraler Stelle weiterentwickelt, ausgebaut und umgesetzt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Weiterhin – damit Sie sehen, wie handlungskräftig wir sind und dass wir das, was wir versprochen haben, auch halten – war der entscheidende Punkt, um die Kinder- und Jugendpolitik in diesem Land zu stärken, den Kinder- und Jugendförderplan zu dynamisieren. Es ist gut, dass das geklappt hat. Dort fließen allein dieses Jahr fast 3,5 Millionen Euro zusätzlich hinein. Damit ist der Kinder- und Jugendförderplan gut und schlagkräftig aufgestellt, glaube ich.

Meine Damen und Herren, der letzte Punkt, auf den ich eingehen möchte, ist meines Erachtens ein ganz besonderer. Wir haben die tragischen und dramatischen Vorfälle aus Bergisch Gladbach, Lügde und Münster, aber auch tagtäglichen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, den wir in unserem Land erleben, alle vor Augen.

Wir haben zum Glück die Situation, dass die Polizeistruktur deutlich verbessert wurde. Aber wir haben jetzt auch die große Chance, einen historischen Schritt in der Kinder- und Jugendpolitik zu machen, nämlich erstmals ein eigenes Kinderschutzgesetz in Nordrhein-Westfalen auf den Weg zu bringen.

Ich denke, dass sich die Anstrengungen in den verschiedenen Gremien und der Landesregierung letztendlich auszahlen werden. Denn wir werden erstmals verbindliche Standards für die Arbeit der Jugendämter

in Nordrhein-Westfalen festlegen. Wir werden die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im ASD vorantreiben. Wir werden die Jugendämter bei ihrer Arbeit begleiten und auch Verbesserungsvorschläge machen, wie sie in Zukunft den Kindern vor Ort helfen können.

Dazu stellen wir die ersten Positionen in diesen Haushalt ein. Das Gesetz wird dann hoffentlich im breiten Konsens und in einer guten, konstruktiven Debatte, in der wir natürlich für weitere gute Vorschläge offen sind, im Frühjahr beraten und beschlossen werden.

Letztendlich bleibt festzuhalten, dass der Haushaltsplan für den Bereich „Familie, Kinder und Jugend“ sehr gut aussieht. Er hat innovative Punkte und setzt das fort, was wir in den letzten vier Jahren auf den Weg gebracht haben. Deswegen sage ich auch von meiner Seite vielen Dank an die Regierung und an die CDU-Fraktion.

Darauf können wir auch ein Stück weit stolz sein, glaube ich. Das können wir den Menschen in diesem Land auch gerne so sagen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Hafke. – Jetzt hat Frau Dworeck-Danielowski für die AfD-Fraktion das Wort.

**Iris Dworeck-Danielowski<sup>7)</sup>** (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor uns liegt die Haushaltsplanung für Familien, Kinder und Jugend. Hinter uns liegen zahlreiche Monate, die insbesondere für Familien, Jugendliche und Kinder schwer auszuhalten waren. Die aktuellen Verlautbarungen der Regierenden lassen auch nichts Gutes für die Zukunft hoffen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich etwas vorwegschicken: Wir sind Ihnen als Fraktion und ich auch ganz persönlich als Mutter dankbar, dass Sie zumindest den Kindern im Kita-Alter wieder ein Leben in Normalität ermöglicht haben.

Ich könnte mich jetzt von Titelgruppe zu Titelgruppe hangeln und unsere grundlegend andere Vorstellung von Familienpolitik darlegen. Dafür reichen allerdings die wenigen Minuten nicht aus. Also werde ich ein paar Punkte exemplarisch unter die Lupe nehmen.

Auch dieses Jahr erhöhen sich die Aufwendungen für die Schwangerschaftskonfliktberatung. Über 51 Millionen Euro kosten das Land Nordrhein-Westfalen das Vorhalten der Beratungsinfrastruktur und die entsprechenden Kostenübernahmen.

Auch im letzten Jahr wurden über 20.000 Kinder in Nordrhein-Westfalen abgetrieben. In Relation zu den

Geburten muss man die traurige Bilanz ziehen, dass immer noch mehr als jedes zehnte Kind, das gezeugt wird, nicht geboren werden darf.

Ich weiß; es gibt einen gesellschaftlichen Konsens darüber, dass Frauen in Schwierigkeiten nicht in die Illegalität gedrängt werden sollen. Aber wenn konstant mehr als 10 % aller schwangeren Frauen keinen anderen Ausweg sehen als die Abtreibung, muss man doch der Sache auf den Grund gehen – auch, um diese Last von den Frauen zu nehmen.

Die Abtreibungsbefürworter betonen bei jeder Gelegenheit, dass es sich keine Frau leicht mache. Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter und behaupte: Keine Frau wird mit dieser Entscheidung wirklich glücklich.

Entgegen der immer lauter werdenden Forderung von Rot-Rot-Grün, Abtreibung müsse noch leichter zugänglich und gänzlich straffrei werden, bräuchte es vielmehr eine ehrliche und schonungslose Analyse der Beweggründe der betroffenen Frauen. Nur dann kann man auch dagegensteuern. Sind es die kostenpflichtigen Verhütungsmittel oder die Angst vor Stigmatisierung in der Familie? Ist es Angst vor Armut? Ist es mangelnde Aufklärung? Wir wissen es nicht.

Mit der Floskel „Keine Frau trifft diese Entscheidung leichtfertig“ wird jeder offene Diskurs im Keim erstickt – und damit eine Chance vertan, vielen Frauen und natürlich auch den ungeborenen Kindern zu helfen.

Ein weiteres Versäumnis liegt ganz klar im Bereich der frühkindlichen Bildung. Die Bertelsmann-Studie hat vor einem Jahr für mächtig Aufruhr gesorgt. Der eklatante Personalmangel drückt massiv auf die Betreuungsqualität.

Auch der Fall des Kita-Mordes in Viersen hat an einem Extrembeispiel verdeutlicht, wozu die angespannte Personalsituation in den Kitas führen kann – nämlich dazu, dass Personal, das eigentlich überhaupt nicht mit Kindern arbeiten sollte, aus Not eingestellt wird.

Unser Lösungsansatz, berufstätigen Eltern für Kinder unter drei Jahren die Betreuung zu Hause und in der Kita gleichermaßen zu ermöglichen und somit eine echte Wahlfreiheit zu schaffen, wird hartnäckig ausgeblendet.

Dabei liegen die Vorteile auf der Hand: Eltern könnten die Betreuung ihres Kindes individuell an ihre eigenen Bedürfnisse und an die Bedürfnisse des Kindes anpassen. Auch die Entlastung für die Kita wäre da: gleiches Personal für weniger Kinder – also automatisch bessere Betreuungsqualität.

Aber Vernunft ist an dieser Stelle nicht gefragt. Kleinkinder zu Hause zu betreuen, ist nach Meinung dieses Hohen Hauses bekanntermaßen eine Rolle rückwärts in die 50er-Jahre; das weiß ich.

Weiter gibt sich Ihr Ministerium auch ganz progressiv in Sachen LSBTIQ. Sie investieren eine neue Rekordsumme, nachdem es letztes Jahr schon eine Rekordsumme gab. Und im nächsten Jahr gibt es, von wem auch immer, bestimmt wieder eine neue Rekordsumme.

Komischerweise haben diese Rekordsummen wenig Einfluss auf die Lebensqualität von Schwulen, Lesben oder Transpersonen – ganz im Gegenteil.

Großstädte, die einst besonders offen und liberal daherkamen – wie meine Wahlheimat Köln –, sind mittlerweile alles andere als offen und vielfältig. Abends auf den Ringen sehen wir die Einfalt einer chauvinistischen Partyszene. Die homophobe Autoraserszene, wie der EXPRESS kürzlich titelte, hatte kürzlich noch mit einem Anschlag in der Schaafenstraße für Angst und Schrecken gesorgt.

Immer häufiger melden sich Dragqueens, Kneipeninhaber und offen schwul lebende Kölner zu Wort. Sie fordern mehr Schutz durch Polizei und Co. Wer die Tätergruppe nennt, kann sich gleich eines Rassismus-Shitstorms sicher sein. Trotzdem erheben immer mehr Betroffene die Stimme und nennen die Probleme beim Namen – nämlich: Männer arabischer, türkischer und russischer Herkunft.

Was nutzen also die tollsten Diversity-Konzepte und die Verbandspolitik, die vor allem ihren eigenen Lobbyismus vorantreiben, wenn man als schwuler Mann abends nicht einmal mehr sicher ausgehen kann? Das ist eine Rolle rückwärts in ein Zeitalter, das wir in dieser offenen Gesellschaft doch schon lange überwunden hatten.

Bevor wir alle noch weitere Rollen drehen müssen, ende ich an dieser Stelle. Es wird Sie wenig überraschen: Der Haushalt hat uns nicht überzeugt. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

**Dr. Joachim Stamp,** Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ganz kurz: Ich habe selten so viel gequirkten Quark gehört.

(Beifall von der CDU und Regina Kopp-Herr [SPD])

Wir hatten gerade erst in dieser Woche einen unglaublich interessanten gemeinsamen Workshop zum Thema „Muslimische Community und LGBTIQ“. Es gibt gesellschaftliche Entwicklungen, die bei kleineren Geistern leider nicht so richtig durchkommen.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, was in Familien geleistet wird, hat uns die Coronapandemie noch einmal besonders eindringlich vor Augen geführt. Gerade deshalb ist es ein wichtiges Signal, dass die Landesregierung auch mit diesem Haushalt wieder deutlich macht: Familien, Kinder und Jugendliche stehen im Zentrum unserer Politik.

Mit der Reform des Kinderbildungsgesetzes zum Kindergartenjahr 2021 wurden die Rahmenbedingungen der Kindertagesbetreuung grundlegend verbessert. Davon haben die Kinder und die Kindertageseinrichtungen sowie die Kindertagespflege auch während der Pandemie profitiert.

Insgesamt stehen in Nordrhein-Westfalen im Haushaltsjahr 2022 nahezu 4,36 Milliarden Euro Landesmittel für die Kindertagesbetreuung zur Verfügung.

Darüber hinaus sind wir einem zentralen Problem, dem Personalmangel in den Kindertageseinrichtungen, bereits in den vergangenen Jahren mit zahlreichen Maßnahmen begegnet. Dieses Engagement setzen wir auch im kommenden Haushaltsjahr fort. Für die Umsetzung der Qualifizierungsoffensive stellen wir im Haushaltsjahr 2022 rund 15 Millionen Euro zur Verfügung.

Den Familien ist auch sehr wichtig, dass der Ausbau der Betreuungsplätze weitergeht. Deshalb freue ich mich, dass die Platzausbaugarantie, mit der jeder notwendige zusätzliche Betreuungsplatz für einen bedarfsgerechten Ausbau vor Ort bewilligt und investiv gefördert wird, in der Landschaft auf Zustimmung und Anerkennung trifft. Das ist hier vorhin doch etwas schräg dargestellt worden.

Wir befinden uns damit auf einem guten Weg. Die rote Laterne bei der U3-Betreuungsquote im bundesweiten Vergleich, die diese Landesregierung geerbt hatte, haben wir mittlerweile abgegeben. So viel zum Thema „elf Jahre im Ausschuss“. Andere westdeutsche Flächenländer haben wir hinter uns gelassen. Natürlich wollen wir uns weiter verbessern.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt der Landesregierung ist das Thema „sexualisierte Gewalt“ – ein Thema, dem wir uns alle gemeinsam angenommen haben. Ich denke, dass das auch wichtig ist. Es steht weiter oben auf unserer politischen Agenda. Wir haben unsere Unterstützung für Fachstrukturen und Träger ausgebaut. Diese notwendige und wichtige Arbeit werden wir auch im nächsten Jahr fortsetzen und die Prävention in unserem Land stärken.

Am 10. November 2021 hat die Landesregierung zudem den Referentenentwurf für ein Landeskinderschutzgesetz vorgelegt. Damit will das Land Nordrhein-Westfalen in den kommenden drei Jahren insgesamt knapp 185 Millionen Euro in die Umsetzung eines Landeskinderschutzgesetzes investieren.

Dieser Gesetzentwurf ist als wichtiger Einstieg in einen umfassenden landesrechtlich verankerten Kinder-

schutz zu verstehen. Er ist darauf ausgelegt, über längere Zeit weiterentwickelt zu werden; denn wir haben als Gesellschaft und insbesondere als Politik die Aufgabe, den Verletzlichsten in unserer Gesellschaft, unseren Kindern und Jugendlichen, den bestmöglichen Schutz und die größtmögliche Hilfe zu geben.

Ich bin sehr dankbar, dass in diesem Haus Einigkeit herrscht, dass wir uns dauerhaft mit dem Kinderschutz auseinandersetzen müssen. Das ist sehr schön. An dieser Stelle geht auch ein Dank an die Kolleginnen und Kollegen der Opposition.

Wichtig ist mir außerdem, zu betonen, dass wir gerade in Zeiten der Pandemie weiterhin die Jugendarbeit und die Jugendsozialarbeit fördern und damit einen Beitrag leisten, dass diese in für Kinder und Jugendliche schweren Zeiten als Ansprechpartner bereitsteht. Wir halten unser Versprechen und erhöhen die Mittel des Kinder- und Jugendförderplans auch für das Jahr 2022.

Auch die familienunterstützende Infrastruktur der verschiedenen Träger hier in Nordrhein-Westfalen ist für die Menschen da. Ihre Arbeit hat gerade unter den schwierigen Bedingungen der Pandemie einmal mehr bewiesen, dass sie flexible, qualifizierte und unverzichtbare Hilfe bieten. Wir werden im Verlauf des heutigen Tages sicherlich detaillierter darauf zu sprechen kommen. Für den unermüdlichen Einsatz, das Engagement und die hervorragende Arbeit sage ich an dieser Stelle aber allen Akteuren schon einmal ganz ausdrücklich Danke schön.

Nordrhein-Westfalen ist ebenso vielfältig wie seine Menschen. Dazu gehören selbstredend queere Menschen. Deshalb setzt sich die Landesregierung für eine starke Arbeit im Politikfeld „LGBTIQ“ ein. Für 2022 ist erneut ein Aufwuchs von 670.000 Euro vorgesehen. Damit liegen die Mittel 2022 fast doppelt so hoch wie 2017. Im Aktionsplan „Impulse 2020“ sind dafür zahlreiche Projekte und Maßnahmen hinterlegt.

Der erste Bericht zum Aktionsplan dokumentiert das große Engagement der Landesregierung in Zusammenarbeit mit den LGBTIQ-Communities, gerade auch in den herausfordernden Zeiten der Coronakrise. Diesen Weg werden wir auch in Zukunft konsequent weitergehen.

Ich könnte viele weitere Beispiele nennen; aber die Kürze der Zeit lässt nicht mehr zu. – Haben Sie herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Minister Stamp. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher schließe ich die Aussprache zum Teil a), Familie, Kinder und Jugend.

Ich rufe auf:



## b) Flüchtlinge und Integration

Hierzu gebe ich für die SPD-Fraktion dem Abgeordneten Yetim das Wort.

**Ibrahim Yetim (SPD):** Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Das ist jetzt der letzte Haushalt, den wir als SPD-Fraktion als Opposition bewerten dürfen.

(Heike Werner [CDU]: Bewerten? – Heiterkeit – Zuruf: Tätä, tätä, tätä!)

– Ist schon Karneval? Noch nicht.

Zu Beginn der Legislaturperiode wurde uns im Bereich „Flüchtlinge und Integration“ viel versprochen. Das zuständige Ministerium unter der Leitung von Minister Stamp hat das eine oder andere davon umgesetzt – einiges davon zu unserer Zufriedenheit, vieles unserer Meinung nach eher halbherzig. Im Gegensatz dazu wurden sehr viele richtige, notwendige und gute Anträge, die wir als SPD gestellt haben, von CDU und FDP abgelehnt.

Ich will einige Punkte skizzieren, die mich nicht nur beim Haushalt, sondern auch in der Bilanz der Politik dieser CDU-FDP-Koalition – das gehört natürlich mit dazu – stören und die ich nicht gut finde.

Ein Punkt ist die zentrale Antidiskriminierungsstelle, die wir schon öfter gefordert haben und auch heute wieder fordern. Wir haben sie immer wieder gefordert, und sie wurde immer wieder abgelehnt. Erst dieses Jahr haben wir diesen Änderungsantrag noch einmal neu gestellt.

Übrigens haben wir – das werden diejenigen, die sich mit dem Thema auseinandersetzen, wissen – eine Bundes-Antidiskriminierungsstelle, deren Leitung jetzt auch nach dem Koalitionsvertrag vom Bundestag gewählt wird, und wir haben in zwölf Bundesländern Landes-Antidiskriminierungsstellen.

Angesichts der steigenden Gefahr durch rassistisch und extremistisch motivierte Straftaten ist die Notwendigkeit, eine solche Landes-Antidiskriminierungsstelle zu schaffen, wohl unstrittig und auch für jeden einsehbar.

(Beifall von der SPD)

Gescheitert ist unsere Initiative – so viel politische Erfahrung hat man dann ja auch – insbesondere am Widerstand der CDU. Was wir stattdessen bekommen, ist ein Meldesystem, das wohl eher einzelne Meldestellen für verschiedene Zielgruppen beinhalten wird, ohne dass es zielführend, sinnvoll und koordinierend zusammengeführt wird.

Ich verspreche Ihnen heute, dass mit uns in der neuen Landesregierung diese zentrale Antidiskriminierungsstelle kommen wird.

(Beifall von der SPD)

Lassen Sie mich etwas zum Thema „wachsender Personalhaushalt“ sagen. Er wächst und wächst in diesem Bereich. Das Engagement, dass man diese wichtige gesellschaftliche Aufgabe der Integration mit guten Stellen bzw. mit den notwendigen Stellen ausstatten will, finde ich ja gut. Wir merken es auch überall. Aber müssen wir jetzt ernsthaft allen JuLis und Jung-Unionisten Stellen besorgen? Dafür ist dieses Ministerium einfach viel zu wichtig. Denn diese Stellenbesetzungen werden nicht zu konkreten Verbesserungen in diesem Aufgabenfeld führen.

77 neue Stellen im MKFFI: Zu besseren Chancen und Möglichkeiten für die Migrantinnen und Migranten, für die Geflüchteten, hat das nicht geführt, geschweige denn für schnellere und unkompliziertere Verfahren gesorgt.

Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung ist auch ein Thema, das wir immer wieder diskutieren. Im neuen Teilhabe- und Integrationsgesetz ist sie festgeschrieben, aber praktisch ohne konkrete Maßnahmen. Wir werden das, denke ich, gleich noch diskutieren.

Wir als SPD-Fraktion warten immer noch darauf, dass uns diese Landesregierung eine Alternative zur Abschaffung der anonymisierten Bewerbungsverfahren präsentiert. Ich will daran erinnern, dass Sie, Herr Minister Stamp, im September 2017 gesagt haben, dass Sie dafür einen Ersatz schaffen werden und dem Ausschuss vorstellen werden, wie wir damit umgehen wollen.

Das ist bis heute nicht passiert. Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung gleicht nach fünf Jahren immer noch einem Trauerspiel.

Als erste Amtshandlung – auch daran werden Sie sich erinnern – hat die damalige Staatssekretärin das Verfahren abgeschafft – ohne wissenschaftliche Grundlage und ohne Fakten –, und es gibt immer noch keinen Ersatz.

Es ist erfreulich, dass wir im MKFFI wenigstens ein bisschen Bewegung haben. Aber wir brauchen die Vielfalt in allen Ministerien. Es reicht nicht, wenn es das nur im MKFFI gibt. Wie gesagt, brauchen wir die Vielfalt in allen Ministerien, in allen Häusern. Interkulturelle Öffnung darf nicht im MKFFI enden.

(Beifall von der SPD)

Hier hätte man eine Stelle schaffen können. Stattdessen gibt es hier schöne Plakate, schöne Videos und eine schöne Kampagne, also viel heiße Luft.

Dasselbe gilt auch bei dem Thema „Einbürgerungen“. Auch da gibt es eine schöne Kampagne, aber auch da ist noch nicht viel passiert. Nordrhein-Westfalen ist bei den Einbürgerungszahlen zurückgefallen. Wir sind auf Platz 13, und die Zahl der Einbürgerungen ist um 20 % gesunken.

Wir wollten es eigentlich vereinfachen. Wir haben den Antrag gestellt – ich bin sofort fertig –, dass wir insbesondere – Sie werden sich auch daran erinnern – bei der ersten Gastarbeitergeneration, bei der Pioniergeneration, entsprechende Erleichterungen schaffen wollten. Das ist nicht passiert. Unser Antrag ist abgelehnt worden.

Jetzt steht es im Koalitionsvertrag. Ich weiß, dass Minister Stamp daran mitgearbeitet hat. Ich freue mich auch darüber, dass es so ist.

**Präsident André Kuper:** Herr Kollege, die Redezeit ist überschritten.

**Ibrahim Yetim (SPD):** Ich bin sofort fertig. – Ich freue mich auch darauf, dass es jetzt kommt. Aber das hätte man auch schon vor fünf oder sechs Wochen hier haben können. Es ist nicht passiert.

Ich kann Ihnen versprechen: Das wird ab Mai 2022 anders werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege Yetim. – Für die CDU spricht die Abgeordnete Frau Wermer.

**Heike Wermer (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Einzelplan zum Haushaltsgesetz für das kommende Haushaltsjahr 2022 knüpft die NRW-Koalition an die vergangenen Jahre an. Auch 2022 wird ein gutes Jahr für die Arbeit unseres Landes in den Bereichen „Flucht“, „Asyl“, „Integration“ und „Migration“.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Vor allem knüpft unsere solide Finanzplanung an die vielen Erfolge der letzten Jahre an: für eine auskömmliche Unterstützung unserer kommunalen Familie und eine Modernisierung der Teilhabemöglichkeiten an unserer Gesellschaft. Wir werden diese Aspekte weiter ausbauen und diese Arbeit im kommenden Jahr auf starke Beine stellen.

Dazu vier Punkte:

Erstens. Der Haushalt für die Bereiche „Integration“ und „Flucht“ steht für die Verlässlichkeit und Verbindlichkeit unserer Landesregierung gegenüber unseren Kommunen. Integration gelingt vor Ort und funktioniert nicht im Alleingang. Die Bewältigung der vielen Aufgaben klappt nur in der Zusammenarbeit mit den Städten, Gemeinden und Kreisen.

An den Stellschrauben der Flüchtlingsunterbringung, der Betreuung und der Beratung können wir nur mit

einer gemeinsamen Kraftanstrengung drehen. Dazu können wir heute sagen: Das Signal stimmt.

Mit 25 Millionen Euro mehr als noch im vergangenen Jahr bauen wir das kommunale Integrationsmanagement weiter aus. Insgesamt 75 Millionen Euro stehen dafür im kommenden Haushaltsjahr bereit.

Und mehr noch: Mit der angehobenen FlüAG-Pauschale sowie einer Pauschale für Bestandsgeduldete von erstmals 175 Millionen Euro – für 2021 und 2022 zusammen – stärken wir die Städte und Gemeinden auch bei der Flüchtlingsaufnahme.

Mit zusätzlichen 10 Millionen Euro für den Stoppausbau der kommunalen Ausländer- und Einbürgerungsbehörden sorgen wir ebenfalls für beschleunigte Verfahren. Dies dient der Verwaltung einerseits, aber andererseits vor allem den Menschen, um die es geht.

Zweitens. Wir fördern das Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Ländern und Kulturkreisen und stellen uns entschlossen gegen Diskriminierung. Wir dulden keine Diskriminierung, keinen Rassismus und keinen Antisemitismus. Wichtiges Geld, das wir am besten niemals in die Hand nehmen müssten, geht deshalb in die breite Fläche an die Antidiskriminierungsstellen. Seit 2017 haben wir 29 zusätzliche Stellen in NRW geschaffen. Das schafft Vertrauen und offene Ohren bei den Betroffenen. Zentral möchte ich hier auf die Tätigkeit der Meldestelle Antisemitismus hinweisen, die in diesem Jahr ihre Arbeit aufgenommen hat.

Drittens. Unsere NRW-Koalition versteht Integration nicht als reine Einbahnstraße. Integration ist und bleibt eine Politik des Forderns und Förderns. Wir verlangen – aus guten Gründen – viel von den Menschen, die zu uns kommen. Deshalb ist es richtig, sie gleichzeitig zu fördern. Wir fördern die Arbeit von Migrantenselbstorganisationen auch im kommenden Jahr mit 2,7 Millionen Euro.

Dasselbe gilt auch für die Menschen der Generationen, die bereits seit vielen Jahren bei uns sind, hier einen großen Teil ihres Lebens verbracht, hier gearbeitet und an unserer Gesellschaft teilgenommen haben. Auch sie und ihre Angehörigen sollen im Alter das Gefühl von Anerkennung erfahren. Deshalb fördern wir unter anderem die kultursensible Altenhilfe und -pflege mit 3 Millionen Euro.

Viertens. Abschließend freue ich mich, dass wir heute Abend, also später, einen wichtigen Baustein unserer Teilhabe- und Integrationsstrategie 2030 zur Abstimmung stellen werden: das neue Teilhabe- und Integrationsgesetz. Es tritt pünktlich zum Start des neuen Jahres in Kraft und fördert die integrationspolitische Infrastruktur in der Fläche mit 130 Millionen Euro jedes Jahr.

Mit dieser finanziellen und rechtlichen Grundlage schafft NRW das bundesweit modernste Inte-

grationsrecht und verbessert die Integration dort, wo sich Menschen eine neue Heimat aufgebaut haben.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Wir sehen also: Die NRW-Koalition stellt einen verbindlichen und verlässlichen Haushaltsplan für die Bereiche „Flucht“ und „Integration“ auf. Wir werden ganz klar auch in Zukunft dafür arbeiten, dass dies so bleibt. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Frau Wermer. Für die Fraktion der Grünen spricht die Abgeordnete Frau Aymaz.

**Berivan Aymaz (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Zunächst einmal – das kann man aus der Opposition heraus durchaus machen – möchte ich etwas Positives sagen. Ich möchte positiv bemerken, dass der Haushalt für den Einzelplan 07, Flüchtlinge und Integration, auch für 2022 finanziell stabil bleibt; es gibt sogar Zuwächse. Besonders hervorzuheben ist der Ausbau der Strukturen im Bereich der Antidiskriminierungsarbeit. Dass es vordergründig keine Kürzungen gibt, ist ebenfalls positiv anzumerken.

Im Bereich der integrationsrelevanten Titel im Haushalt sticht ganz besonders das Kommunale Integrationsmanagement hervor. Hier werden die Mittel wiederum um 25 Millionen Euro auf insgesamt 75 Millionen Euro erhöht. Diese Mittel werden sogar im neuen Teilhabe- und Integrationsgesetz, über das wir heute Abend noch debattieren werden, gesetzlich festgeschrieben. Damit ist dies die bei Weitem größte finanzielle Kraftanstrengung des MKFFI im Integrationsbereich.

Dabei bleibt zu sagen: Auch wir Grüne unterstützen die Idee eines rechtskreisübergreifenden Integrationsmanagements, in dem die kommunalen Strukturen miteinander vernetzt werden, um eine optimale Versorgung und Beratung von Migrantinnen und Migranten zu gewährleisten.

Doch dabei ist es uns besonders wichtig, dass zivilgesellschaftliche Akteure, also die freien Träger, verbindlich in die Vernetzung eingebunden werden, um den Aufbau und Ausbau der örtlichen Integrationsstrukturen mitzugestalten und zu optimieren. Denn es sind gerade die freien Träger vor Ort, es sind die zivilgesellschaftlichen Akteure, die durch ihre langjährige Erfahrung aus der praktischen Integrationsarbeit und über ihre vielfältigen Vernetzungen eine unverzichtbare Expertise und Kompetenz mitbringen. Hier ist meiner Meinung nach zu wenig geregelt, hier bedarf es konkreter Regelungen.

Die Rückmeldungen, die ich aus den Kommunen dazu erhalte, sind sehr unterschiedlich. Ja, es gibt Kommunen, zum Beispiel Köln, die eine sehr gute Einbindung der zivilgesellschaftlichen Akteure haben, aber es gibt sehr wohl Kommunen, bei denen das nicht so sehr im Fokus ihrer Vernetzung steht. Ich finde, das darf nicht vom Goodwill der verantwortlichen Akteure abhängen. Wir werden die Entwicklung des KIM also weiterhin eng begleiten. Ich werde ganz sicher noch einmal genau hinschauen, wie es sich entwickelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor genau einem Jahr haben wir Grüne einen eigenen Gesetzentwurf zur Anpassung des FlüAG vorgelegt, denn seit Jahren beklagten die Kommunen berechtigterweise, dass das Land die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten nur unzureichend finanziert. Anscheinend brauchte es diesen Impuls von uns, damit die Landesregierung den unerträglichen Stillstand in der Sache beendet und endlich selbst aktiv wird.

Ja, es ist gut und richtig, dass die Erhöhung der FlüAG-Pauschale nun endlich kommt. Hier ist aber anzumerken, dass die Kommunen für sogenannte Neugeduldete – egal, ob kreisangehörig oder nicht – pauschal und einmalig 12.000 Euro pro Kopf erhalten. Gerade in Großstädten wie Köln oder Essen reicht diese Pauschale nicht aus, um eine Versorgung von über 14 Monaten kostendeckend zu finanzieren.

Genau das aber hatten Sie den Kommunen versichert und versprochen, Herr Minister Stamp. Hier haben Sie einfach Ihr Versprechen nicht eingehalten. Das muss auch mal ganz klar benannt werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Ausgleichszahlungen für Geduldete, die schon vor dem 01.01.2021 einen Duldungsstatus erlangt hatten, sollen nun übrigens innerhalb von vier Jahren erfolgen. Das finde ich spannend.

Schauen wir uns das an: Wir haben drei Jahre darauf gewartet, dass dieses Gesetz endlich kommt. Es kommt nun endlich zum Ende der Legislaturperiode, was ganz geschickt ist, und die Zahlung soll auf vier Jahre gestreckt werden. Das heißt, die Haushalte der kommenden drei Jahre werden mit einem dreistelligen Millionenbetrag belastet.

Hier wird deutlich, dass die Landesregierung wieder einmal versucht, Verantwortung für die Kommunen möglichst weit von sich zu weisen, und zwar auf die kommenden Legislaturperioden und vermutlich Landesregierungen.

Abschließend möchte ich noch einen weiteren Punkt ansprechen: die soziale Beratung für Geflüchtete. Sie wissen, dass ich auf dieses Thema seit 2017 beharrlich achte, weil wir ganz genau wissen, wie wichtig die soziale Beratung für das Ankommen der Geflüchteten tatsächlich ist.

Wir haben erlebt, dass die Deckelung der Förderbeiträge auf 80 %, also die Erhöhung der Eigenanteile der freien Träger, dazu geführt hat, dass zahlreiche Stellen immer noch nicht besetzt sind. Genau vor diesem Szenario hatte ich Sie vor einem Jahr immer wieder gewarnt. Mit Verspätung haben Sie das jetzt eingesehen und rudern zurück – besser spät als gar nicht.

**Präsident André Kuper:** Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Berivan Aymaz (GRÜNE):** Dafür bin ich Ihnen dankbar, aber Sie haben einen Schaden angerichtet.

Jetzt ist meine Redezeit leider zu Ende. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Frau Aymaz. – Für die FDP spricht der Abgeordnete Kollege Lenzen.

**Stefan Lenzen (FDP):** Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die NRW-Koalition aus FDP und CDU ist 2017 angetreten, für mehr Verbindlichkeit beim Thema „Integration“ zu sorgen, was wir auch erreicht haben und fortsetzen werden.

Wir haben die integrationspolitische Infrastruktur – das Teilhabe- und Integrationsgesetz werden wir heute noch beraten – erstmalig auf eine rechtliche Grundlage gestellt. Wir werden sie gesetzlich verankern und sorgen damit erstmalig für Planungssicherheit statt weiterer „Projektirritis“, wie es unter Rot-Grün der Fall war.

Wir sichern die Strukturen mit 130 Millionen Euro ab und passen die Fördersummen entsprechend den Tarifsteigerungen und der Entwicklung der Verbraucherpreise an. So sorgen wir für eine verlässliche und langfristige Finanzierung auf einer gesetzlichen Grundlage. Das ist wichtig für die Integrationsarbeit der freien Träger.

Schauen wir noch weiter: Unter Rot-Grün gab es modellhaft das Thema „Einwanderung gestalten“. Die NRW-Koalition mit ihrem Integrations- und Flüchtlingsminister Dr. Joachim Stamp hat es nicht nur landesweit ausgerollt und finanziell verlässlich abgesichert, sondern auch gesetzlich verankert und mit der klaren Schwerpunktsetzung eine neue Denkweise in die Ausländerbehörden gebracht. Sie sind nämlich nicht nur reine Abschiebebehörden, sondern auch Einbürgerungsbehörden. Sie sind auf vielfältige Weise gefordert und verdienen unsere Unterstützung.

Gerade die Kommunen stehen vor besonderen Herausforderungen; das haben sie in den letzten Jahren bewiesen. Bei der Versorgung, Unterbringung und Integration entsteht all dies vor Ort. Die Landesregierung mit der sie tragenden Koalition aus FDP und CDU hat es geschafft, das abzusichern und die Kommunen bei dieser wichtigen Arbeit zu unterstützen.

Bei dem Redner und den Rednerinnen der Opposition ging mir ein bisschen unter, was Rot-Grün in der Vergangenheit nicht gelungen ist.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Mittelerhöhung von 50 auf 75 Millionen Euro wurde bereits erwähnt. Damit stärken wir nicht nur die kommunale Integrationsinfrastruktur, sondern wir entlasten unsere Kommunen. Wir haben es gerade gehört – ich war etwas überrascht, vielleicht hat die Kollegin Aymaz das Gesetz doch nicht so ganz gelesen –:

(Zuruf von Berivan Aymaz [GRÜNE])

Die Änderungen, die wir beim Flüchtlingsaufnahmegesetz beschlossen haben, lösen im Endeffekt die rot-grüne Gesetzesgrundlage ab. Die Verbesserungen bei der Erhöhung der Pauschalen, weil entsprechende Summen und teilweise rückwirkende Zahlungen bis zum 1. Januar 2021 für die Bestandsgeduldeten darin stehen, hat diese Koalition aus FDP und CDU mit unserem Minister Stamp auf den Weg gebracht.

Ich finde es bewundernswert, wie da gefordert wird, man dies zu Zeiten von Rot-Grün aber einfach nicht geregelt hat.

(Zuruf von Berivan Aymaz [GRÜNE])

Wir haben es jetzt gelöst und lassen die Kommunen eben nicht im Stich.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Wir haben es gehört: Neben der Erhöhung der Pauschale werden zusätzlich 175 Millionen Euro für Ausgleichszahlungen zur Verfügung gestellt. Die Kommunen haben gerade bei den Geduldeten erhebliche finanzielle Belastungen. Es ist diese Regierung aus FDP und CDU, die die Kommunen bei diesem wichtigen Thema endlich entlastet.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir statten unsere Landeseinrichtungen auch bei Unterbringung, Digitalisierung, schulnahen Angeboten bis hin zu Angeboten für Sport und Freizeit besser aus. Mit der Umsetzung des Asylstufenplans haben wir gerade die Kommunen bei dem wichtigen Thema entlastet. Wir verteilen die Menschen mit Bleibeperspektive auf die Kommunen, wo die Integration von Beginn an vor Ort umgesetzt wird.

Der Zweiklang der Regierung und der sie tragenden Fraktionen lautet: Auf der einen Seite möchten wir den Menschen Perspektiven, Chancen und die Möglichkeit bieten, sich hier ein Leben aufzubauen. Auf der anderen Seite gilt in einem Rechtsstaat genauso die konsequente Umsetzung von Ausreise und Abschiebung.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Daher haben wir die Zentralen Ausländerbehörden auf alle Regierungsbezirke ausgeweitet, wofür im Haushalt 3,1 Millionen Euro bereitstehen.

Wichtig ist auch, dass für den Betrieb einer weiteren flughafennahen Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige 5,3 Millionen Euro im Haushalt für das Jahr 2022 zur Verfügung stehen.

Die Digitalisierung wird mit 7,2 Millionen Euro gefördert.

Eben wurde kurz die soziale Beratung angesprochen. Wir haben die Förderungen entsprechend angepasst und damit nicht nur die kommunalen Integrationsstrukturen – ich habe es eben erwähnt –, sondern auch die Integrationsagenturen, kultursensible Altenpflege, Migrantenselbstorganisationen, also die freien Träger, finanziell abgesichert. So ist es auch gut.

Wir haben gerade, um noch ein paar Anreize für die Besetzung offener Stellen in Landeseinrichtungen zu schaffen, die Förderhöchstsätze auf 90 % angepasst.

Bei dem wichtigen Thema „Diskriminierung“ haben wir die finanziellen Mittel für die Meldestelle bewusst von 400.000 auf 810.000 Euro erhöht.

**Präsident André Kuper:** Herr Kollege, die Redezeit ist um.

**Stefan Lenzen (FDP):** Ich komme gleich zum Ende. – Über das wichtige Thema „Diskriminierung“ können wir auch nachher noch im Rahmen des Teilhabe- und Integrationsgesetzes sprechen, wenn etwas Zeit bleibt.

Ich komme zum Schluss: NRW ist seit jeher ein vielfältiges Land. Diese Vielfalt war und ist unsere Stärke.

Die Migration infolge zunehmender bewaffneter Konflikte fordert uns alle heraus. Wir bringen Ordnung und Humanität zusammen und sorgen für mehr Verbindlichkeit in der Integration. Dafür steht diese NRW-Koalition aus FDP und CDU, dafür steht unser Minister Dr. Joachim Stamp. Dafür steht dieser Landeshaushalt 2022. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege Lenzen. – Für die AfD spricht die Abgeordnete Frau Walger-Demolsky.

(Beifall von der AfD)

**Gabriele Walger-Demolsky (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Kosten der Migrationspolitik sind irrelevant, da die Erfinder des BioNTech-Impfstoffes einen Migrationshintergrund haben. – So Minister Stamp vor einem Jahr an dieser Stelle. Damals ging es um unsere von der Landesregierung lückenhaft beantwortete Große Anfrage zu den fiskalischen Kosten der Zuwanderung.

Angeblich würde der Impfstoff Milliarden Schäden von unserer Gesellschaft und damit auch von unserem Haushalt fernhalten. Tatsächlich ist hier aber weder der Migrationshintergrund der Familie Sahin relevant noch sind die Milliarden Schäden für unsere Gesellschaft ausgeblieben. Auch haben sich die toten Prognosen bezüglich des Impfstoffes nicht als wahr herausgestellt.

Zwölf Monate später ist der Haushalt im Bereich der Integration nicht transparenter geworden. Sie fahren große Kampagnen, um Menschen mit Einwanderungsgeschichte für den öffentlichen Dienst zu begeistern, sind aber nicht in der Lage, den Erfolg dieser Maßnahmen zu messen.

Sie fördern seit Jahren die Stiftung für Türkeistudien, ohne den Sinn und Zweck dieser einseitigen Dauerförderung mal kritisch zu hinterfragen.

Man könnte meinen, dass unterschiedlichen Zuwanderergruppen eine unterschiedliche Wertigkeit zugewiesen wird und manche Gruppen in Ihrem Haus sogar komplett ignoriert werden. Was ist zum Beispiel mit Ostasiaten aus Japan, Korea oder Vietnam? Dazu hört man hier gar nichts, weder aus dem Ministerium Stamp noch von Ihnen hier.

Scheinbar sind nämlich Unterstützungsbedarf und Anspruchshaltung nicht bei allen Zuwanderern identisch, weshalb wir auch die undifferenzierte Vermischung im Teilhabe- und Integrationsgesetz kritisiert haben.

Erhebliche Kritik gibt es aber auch bei den Mitteln für das Kommunale Integrationsmanagement. 2020 waren es 25 Millionen Euro, 2021 waren es 50 Millionen Euro, und für 2022 sind 75 Millionen Euro geplant, verbunden mit mittlerweile 914 geförderten Personalstellen.

Angeblich soll das Kommunale Integrationsmanagement auch den qualifizierten Zuwanderern zugutekommen. Aber auf Nachfrage kann die Landesregierung nicht benennen, in welchem Umfang.

Liebe Kollegen, in diesem Punkt hat die Landesregierung einfach jedes Augenmaß verloren. Wir

fordern deshalb, die notwendigen Aufgaben federführend an die Zentralen Ausländerbehörden zu delegieren, Doppelstrukturen endlich konsequent zu vermeiden und vor einer überbordenden Personalaufstockung eine umfassende Evaluierung vorzunehmen.

Das Gleiche gilt auch für andere Beratungsleistungen, beispielsweise die soziale Beratung von Flüchtlingen oder die Rückkehrberatung, die bei der Diakonie, der AWO oder der Caritas wohl denkbar schlecht aufgehoben ist.

Für entbehrlich halten wir die Förderung des Flüchtlingsrats NRW. Hierfür gibt es mittlerweile in jeder Kommune adäquate Alternativen. Bei der Förderung von Projekten im Zusammenhang mit dem „Zusammenleben in Vielfalt“ sehe ich keine Bemühungen der Landesregierung zu Einsparungen.

Positiv herausstellen möchte ich aber die Meldestelle Antisemitismus, die hoffentlich mehr Licht ins Dunkelfeld bringt.

Beim „Muslimischen Engagement in NRW“, welches erneut mit 2 Millionen Euro gefördert wird, sehen wir keinerlei Anstrengungen, islamistisch beeinflusste Gruppierungen konsequent auszuschließen. Daher fordern wir, diese Förderung endlich einzustellen.

Neben den Zentralen Ausländerbehörden wollen wir das Rückkehrmanagement wesentlich stärker fördern als bisher. Das gilt für die zwangsweise, insbesondere aber auch für die freiwillige Rückkehr. Das Reintegrationsprojekt „Brückenkomponente Albanien“ hat Vorbildcharakter. Hier könnten wir uns zusätzliche Initiativen auch auf Landesebene gut vorstellen; denn das würde sich in den Folgejahren fiskalisch positiv bemerkbar machen.

Genau das ist aber das Problem Ihrer großzügigen Ausgabenpolitik: Beim Geld der Bürger kennen Sie einfach keine Hemmungen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Frau Walger-Demolsky. – Für die Landesregierung spricht Minister Dr. Stamp.

**Dr. Joachim Stamp,** Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben gleich noch die ausführliche Debatte über das Teilhabe- und Integrationsgesetz. Ich denke, es ist im Sinne aller, wenn ich mich hier nicht mehrfach wiederhole. Ich werde da entsprechend ausführen.

Frau Kollegin Aymaz, zum FlüAG haben wir die unterschiedlichen Posten sehr fair besprochen und eine gute Regelung mit den Kommunen hinbekommen. Es gibt auch eine gemeinsame Erklärung, die von

allen kommunalen Spitzenverbänden unterschrieben ist; sie waren ausdrücklich einverstanden.

Wir machen mit unserer verbindlichen Politik weiter. Ein ganz wesentlicher Teil wird das Teilhabe- und Integrationsgesetz. Ich freue mich auf die Debatte nachher. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Minister. – Damit kann ich die Aussprache zu Teil b) Flüchtlinge und Integration schließen.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 07 – Ministerium für Kinder, Flüchtlinge und Integration. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/15707, den Einzelplan 07 unverändert anzunehmen.

Wir haben hierzu aber noch zwei Änderungsanträge. Danach folgt die Abstimmung über Einzelplan 07.

Erstens stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/15723 ab. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Das sind CDU, FDP, Grüne und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer Enthält sich? – Bei Enthaltung der SPD – wenn ich es richtig gesehen habe; ich sehe Kopfnicken – ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/15723**, wie gerade festgestellt, **angenommen**.

Wir stimmen zweitens über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/15724 ab. Wer möchte dem zustimmen? – Das sind CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Wer möchte dagegenstimmen? – Die SPD. Wer Enthält sich? – Das ist niemand. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/15724 angenommen**.

Drittens stimmen wir über den Einzelplan 07 ab. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 07 in der soeben geänderten Fassung und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist **Einzelplan 07 in der zweiten Lesung**, wie gerade festgestellt, **angenommen**.

Ich rufe auf:

#### **Einzelplan 04 Ministerium der Justiz**

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/15704 sowie auf die Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/15692 und Drucksache 17/15693 hin.